

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Brigitte Traupe MdB, Berichterstatterin der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages für den Einzelplan 14 (Verteidigungsetat), kommentiert die Beratungen über den Verteidigungsetat 1985: Sparen Sie jetzt, Herr Minister Wörner!

Seite 1

Hermann Bachmaier MdB, Mitglied im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages, kritisiert die Uneinheitlichkeit im Regierungslager, wenn es um die Forderung geht, den Umweltschutz zum Grundrecht zu machen: Eine bunte Palette der Meinungsvielfalt.

Seite 4

Peter Conradi MdB verurteilt den Umgang mit der Idee, in Bonn eine "Bundeskunsthalle" zu bauen: Interessanter Impuls verwurstelt.

Seite 6

39. Jahrgang / 196

10. Oktober 1984

Sparen Sie jetzt, Herr Minister Wörner!

Zu den Beratungen des Verteidigungsetats 1985

Von Brigitte Traupe MdB
Berichterstatterin der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages für den Einzelplan 14 (Verteidigungsetat)

Es ist die klassische Aufgabe des Haushaltsausschusses, das finanzielle Handeln der jeweiligen Regierung nüchtern zu kontrollieren. Wenn ein Mitglied dort sorgfältig arbeitet, darf es auch vor Kritik an den eigenen politischen Freunden in der Regierung nicht zurückschrecken.

Zu den "großen und schwierigen" Haushalten im Bund gehören der Sozialhaushalt und der Verteidigungshaushalt. Kürzungsvorschläge im ersteren werden oft als "Ungerechtigkeit und Unmenschlichkeit", im zweiten Bereich als "Verrat an der Sicherheit" des eigenen Landes diffamiert. Wohlwollende Kollegen klopfen dem sparwilligen Haushaltsausschußmitglied auf die Schulter und empfehlen, sich doch nicht mit anderen anzulegen!

Am unangenehmsten sind die Uneinsichtigen.

Im Verteidigungsbereich sind es einerseits diejenigen, die eine strenge Ausgabenkontrolle schon für Landesverrat halten und stattdessen schreien, man brauche doch viel mehr Geld, und andererseits diejenigen, die alle Ausgaben für die äußere Sicherheit ablehnen und deshalb ohne Sachinformationen fordern, dort müsse auf alle Fälle Geld gespart werden!

Die Wahrheit aber besteht darin, daß es auch im Verteidigungshaushalt Etatjahre gibt, in denen mehr gespart werden kann. Und dies traf auf jeden Fall für den Haushalt 1982, 1983 und 1984 zu. In noch größerem Maße aber für den Haushalt 1985!



Wenn heute die Berichterstatter des Verteidigungshaushaltes auf der Hardthöhe den Entwurf 1985 beraten, dann wird sich der Verteidigungsminister die Frage gefallen lassen müssen, warum er für 1985 eine nominale Steigerungsrate von drei Prozent beziehungsweise 3,7 Prozent (bei Einschluß der Personalverstärkungsmittel) fordert, obwohl er im ersten Halbjahr 1984 - laut offizieller Mitteilung des Finanzministers - gut 700 Millionen DM weniger ausgegeben hatte als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum!

Am 19. September 1984 legte deshalb das Haus Stoltenberg dem Haushaltsausschuß eine Umschichtungsvorlage vor, in der immerhin Einsparungen von mehr als 200 Millionen DM zugegeben werden, für die die Verteidigung nun noch schnell andere Dinge anschaffen will!

Um es noch einmal allen Wehrpflichtigen, aber auch den Kollegen der CDU/CSU und der FDP zu verdeutlichen: Wäre der Bundesverteidigungsminister informiert gewesen, dann hätte er den Wehrsold zum 1. Januar 1984 erhöht und die benötigten 90 Millionen DM mehr aus seinem Haushalt 1984 bezahlt! Außerdem könnte er auch noch eine halbe Milliarde DM an den Finanzminister zurückgeben!

Ist es eigentlich eine Schande, wenn im Verteidigungsbereich sparsam gewirtschaftet wird?

Vielleicht wollen der Bundesverteidigungsminister Dr. Wörner und sein Parlamentarischer Staatssekretär Würzbach nur deshalb nicht den Mut aufbringen, weil sie zur Zeit ihrer Vorgänger mehr zusätzliche Forderungen stellten?

Die größte Unverfrorenheit aber liegt im Etatentwurf 1985. Hätte die Hardthöhe korrekt gearbeitet, dann hätte sie den Einzelplan 14 überhaupt nicht erhöht gegenüber dem Ansatz 1984! Denn es ist blühender Unsinn, jetzt vorweg Geld auszugeben für Dinge, die noch gar nicht beschaffungsreif sind.

Die Streitkräfte haben doch schon genug Ärger mit Systemen wie dem Gepard, dem Roland, der Bewaffnung der Fregatten und mit moderner Munition wie Maverick und TOM.

Und - wie werden sie mit dem elektronischen Führungssystem REMUS fertig, das für 100 Millionen DM bereits angeschafft wurde?



Ich nehme für mich in Anspruch, solche Vorhaltungen auch schon einem sozialdemokratischen Verteidigungsminister gemacht zu haben, damals half der Koalitionspartner FDP mit, im Verteidigungsbereich sinnvoll zu sparen.

Wie war das 1984? Und wie wird es 1985 sein?

Da die neuen Waffenträger Leopard II, Tornado, Alpha Jet, AWACS oder auch die Freigatten nun nicht mehr so viel kosten, müßte der Etat 1985 nicht höher ausfallen als für 1984 veranschlagt - aber nicht benötigt wird. (Was wir Sozialdemokraten vorausgesagt haben.)

Und doch könnten gleichzeitig Strukturverbesserungen beim militärischen Personal, mehr Auszubildende im zivilen Bereich, auch eine maßvolle Anhebung der Munitionsausgaben, des Fernmeldebereichs und der Mittel für Forschung und Entwicklung bezahlt werden.

Dr. Wörner aber hat sich in falsche politische und finanzielle Zwänge gesetzt:

- Geld muß ausgegeben werden, um der amerikanischen Regierung zu imponieren!
- Viel mehr Geld soll in Zukunft für die NATO-Infrastruktur aufgebracht werden, obwohl jeder vernünftige Beamte weiß: das Geld wird gar nicht abfließen. Deshalb wird für 1985 auch der Ansatz nächträglich um 125 Millionen DM gesenkt!

Manchmal packt mich die Wut, wie aus mangelnder Sorgfalt oder aus politischer Feigheit mit dem Geld der Steuerzahler geaast wird!

Eines aber will ich auch jenen nicht verheimlichen, die glauben, es könnte im Verteidigungshaushalt stets "Nullrunden" geben: Ende der Achtziger Jahre und in den Neunziger Jahren wird dieser Haushalt mehr Geld für qualifizierte Soldaten aufbringen müssen. Auch bei den zivilen Bediensteten der Bundeswehr wird es zu Strukturverschiebungen kommen.

Und - die Anschaffung neuer Waffen wird auch nicht billiger. Doch was angeschafft wird, muß man sorgfältig prüfen.

Deshalb gebe ich dem Bundesverteidigungsminister den Rat:

Sparen Sie jetzt mehr!

(-/10.10.1984/ks/rs)

+ + +



Bunte Palette der Meinungsvielfalt

Zur Frage der Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz gibt es viele
Stimmen im Regierungslager

Von Hermann Bachmaier MdB

Mitglied im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages

Seit die SPD-Bundestagsfraktion und das Bundesland Hessen Ende Mai 1984 im Bundestag und Bundesrat Anträge mit dem Ziel einer Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz eingebracht haben, herrscht bei den Vertretern der Regierungsparteien die reinste babylonische Sprachverwirrung darüber, ob der Umweltschutz nunmehr Verfassungsrang genießen soll oder nicht. Wie in so vielen anderen Fragen ist eine ordnende Hand, also ein Kanzler, der die Richtlinien der Politik bestimmt, nicht in Sicht.

Schon im Vorfeld der ersten Lesung unseres Gesetzentwurfes war der Konflikt zwischen den Regierungsparteien programmiert. Während sich die CDU/CSU-Innenpolitiker nach einer eilig einberufenen Sachverständigenanhörung gegen eine grundgesetzliche Festschreibung des Umweltschutzes aussprachen, hat sich neben Vertretern der FDP auch der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Barschel für eine Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz eingesetzt. Man mußte schon sehr genau hinhören, um zu erfahren, wo unter wortreichen Verkleidungen versteckt, die Unionspolitiker tatsächlich der Schuh drückt: Sie befürchten, daß, wenn erst einmal der Umweltschutz mit Verfassungsrang ausgestattet ist, der Umgang mit dem Eigentum den Belangen des Umweltschutzes in stärkerem Maße Rechnung zu tragen hat, als dies bislang der Fall ist.

Lange ist es ja nicht her, daß man im Zusammenhang mit wirksamen Umweltschutzmaßnahmen von nicht hinnehmbaren Investitionshemmnissen gegenüber der Wirtschaft sprach. Nachdem aber innerhalb weniger Jahre die Menschen unseres Landes erkannt haben, daß wir Gefahr laufen, die Lebensgrundlagen unserer und der kommenden Generationen zu zerstören, wagt es kein Politiker mehr, so offen Front gegen den Umweltschutz zu machen. Gegenpositionen müssen da schon gekonnter verpackt werden.

Entgegen seiner Gewohnheit hat sich der sonst so wortstarke Bundesinnenminister bei der Frage der Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz lange Zeit selbst Rede-
verbot erteilt. Während seine Partei, die CSU, in einer groß angelegten Kampagne für



die Aufnahme weitgehender Umweltschutzbestimmungen in die bayerische Landesverfassung warb, hat der Bundesinnenminister wenige Tage vor dem Volksentscheid der Bayern es für richtig erachtet, bei der ersten Lesung des SPD-Geszentwurfes im Bundestag am 8. Juni 1984 nicht ein Wort über diese Frage zu verlieren. Erst im Schatten der Sommerpause am 22. Juli 1984 haben wir dann erfahren, daß das, was von der CSU für die bayerische Landesverfassung für gut erachtet wird, nach Ansicht von Herrn Zimmermann auf Bundesebene noch lange nicht zu gelten hat.

In einem Interview mit dem Deutschlandfunk hat sich der Bundesinnenminister - damals weitgehend unbeachtet - klipp und klar gegen eine Verankerung des Umweltschutzes im Grundgesetz ausgesprochen, während wenige Tage zuvor am 14. Juli 1984 Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht für eine solche Verankerung im Grundgesetz votierte. Nach seinem sommerlichen Höhenflug in Sachen Verpflichtung zum Katalysatoreinbau und seiner frühherbstlichen Bauchlandung in dieser Frage hat sich dann auch noch am 13. September 1984 Lothar Späth im Rahmen eines STERN-Interviews in die Reihe der Befürworter einer grundgesetzlichen Festschreibung des Umweltschutzes eingereiht.

Bei dieser wahrlich bunten Palette der Meinungsvielfalt im Regierungslager kann man wirklich gespannt darauf sein, ob und wann der Libero von Amts wegen im Kanzleramt ein leidlich stimmiges Entscheidungsbild seiner Regierungspartner und Landesfürsten herstellt. Bislang scheint jedenfalls größtmögliche Verwirrung oberste Regierungsmaxime zu sein. Daß Professionalität nicht gerade das hervorstechendste Merkmal dieser Regierung ist, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Die Regierung ist auch täglich bemüht, ihre mangelnde Kompetenz und Entscheidungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Der bekannte Regisseur von Oggersheim wird noch alle Mühe haben, mit seiner Amateurtuppe für die Herbst- und Wintersaison ein leidlich vorzeigbares Stück auf die Bühne zu bringen. Probenbeobachter berichten, daß der Handlungsrahmen hinter sattnam bekannten Improvisationskünsten einzelner Darsteller auch für ein geneigtes Publikum nur schwer erkennbar sei.

Wie recht hatte doch Franz Josef Strauß, als er vor kurzem anmerkte, im Kanzleramt herrsche kein organisiertes, sondern ein "chaotisches Chaos".

(-/10.10.1984/ks/rs)

+ + +



Wie eine mutige Idee verkommt

Das Projekt "Kunsthalle in der Bundeshauptstadt" wird verwurstelt

Von Peter Conradi MdB

Am 26. Mai 1977 beschloß die Bundesregierung Schmidt/Genscher, ein "geistig-kulturrelies Zentrum (Kunsthalle)" als "wichtigen Beitrag zu einem Hauptstadtkonzept". Im Herbst 1978 veranstaltete der Deutsche Künstlerbund in Bonn ein dreitägiges Kolloquium "Brauchen wir eine Bundeskunsthalle?" Die Antwort war ein klares Ja. Bundesregierung, Landesregierung, Stadt Bonn und Parteien legten ihre Auffassung dar. Museumsfachleute entwickelten Konzepte für den Inhalt einer Bundeskunsthalle, Architekten Vorstellungen für deren bauliche Gestalt. Wer heute den Bericht dieses Kolloquiums liest, spürt die Freude und die Hoffnung auf dieses Projekt.

Aus all dem ist nichts geworden. Die Länder - Bayern und Nordrhein-Westfalen voran - spielten Provinz und drohten dem Bund mit der Verfassung. Die Bundesregierung war zu schwach, ihr Projekt allein oder gemeinsam mit der Stadt Bonn zu realisieren. Inzwischen haben Länder und Städte ein Museum nach dem anderen gebaut; in Bonn jedoch rührte sich nichts.

Die Bundesregierung Kohl/Genscher erklärte am 4. Mai 1983, sie wolle der Stadt Bonn "dabei helfen, ihrer Funktion als Bundeshauptstadt gerecht zu werden". Das war ein erster Schritt zurück zum Projekt einer "Bundeskunsthalle". Als sich die Sache weiter hinzog, beschloß die Stadt im Frühjahr 1984 den Alleingang mit der Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs für ein städtisches Kunstmuseum. Dagegen ist nichts zu sagen. Die Stadt Bonn braucht ein städtisches Museum für ihre Sammlungen; wer wollte ihr verargen, daß sie nun endlich auf die Realisierung drängt?

Jetzt hatte der Bund noch einmal seine Chance, seine Vorstellung einzubringen und gemeinsam mit der Stadt Bonn zu realisieren. Immerhin hatte inzwischen der engstirnige Widerstand der Länder nachgelassen, nicht zuletzt weil das Projekt nun nicht mehr "Bundeskunsthalle", sondern "Kunsthalle in der Bundeshauptstadt" hieß. Doch in den Ausschreibungsunterlagen des Architektenwettbewerbs für das städtische Kunstmuseum bleiben die Aussagen zur Kunst- und Ausstellungshalle dem Stil des Bundeskanzlers entsprechend ganz allgemein. Dazu teilt der Bundesinnenminister auf Anfrage mit, "der Bund strebt eine Kunst- und Ausstellungshalle an", die "insgesamt gesehen viele Elemente des ursprünglichen Vorhabens 'Kunsthalle in der Bundeshauptstadt' aufnimmt". Beim Architektenkolloquium des Wettbewerbs wurde mitgeteilt, über die Inhalte der neuen Halle gäbe es nicht einmal erste Überlegungen.

Im Oktober will nun die Bundesregierung mit Fachleuten über eine Konzeption für die Kunst- und Ausstellungshalle beraten. Für den Wettbewerb ist das zu spät. Dort wird für das städtische Kunstmuseum und die Kunst- und Ausstellungshalle ein "architektonisch geprägter Komplex von hoher Anziehungskraft ... als herausragendes Kulturzentrum der Bundeshauptstadt erkennbar" verlangt; über die Funktionen der Kunst- und Ausstellungshalle verliert das Programm nur einige dürre Worte, als Ausstellungsfläche dafür werden pauschal 5.000 bis 6.000 qm genannt. Die Bundesregierung begründet das damit, daß das "frühere, umfassender angelegte Vorhaben einer 'Kunsthalle in der Bundeshauptstadt' in dieser Form nicht weiterverfolgt wird".



Die Chance eines gemeinsamen Projekts von Bund und Stadt, in der das städtische Kunstmuseum und die Bundeskunsthalle als ein aufeinander abgestimmter Komplex entstehen, einander ergänzen und befruchten, hat diese Bundesregierung offenbar nicht begriffen.

Auch die Möglichkeit, das Projekt mit der groß angekündigten (und lächerlich gering dotierten) "Kulturstiftung der Länder" unter Mitwirkung des Bundes zu verwirklichen, wurde nicht genutzt. Noch im Juni hatte der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth erklärt, die Stiftung könne dieses Projekt übernehmen. Inzwischen teilt der Bundesinnenminister lakonisch mit, daran sei nicht mehr gedacht.

So verkommt eine mutige Idee unter der Wurstelei einer Regierung. Der Stadt Bonn ist gleichwohl ein gutes Wettbewerbsergebnis zu wünschen. Nachdem das Projekt einer "Kunsthalle in der Bundeshauptstadt" aufgegeben wurde, und das Projekt "Kunst- und Ausstellungshalle" von der Bundesregierung derart dilettantisch und saumselig behandelt wird, sollte die Stadt alles tun, ihrem städtischen Kunstmuseum einen inhaltlichen und architektonischen Rang zu geben, der über die herkömmlichen Vorstellungen eines städtischen Museums herausragt und den Ansprüchen einer Bundeshauptstadt gerecht wird. Von dieser Bundesregierung wird die Stadt Bonn dafür wohl nichts mehr zu erwarten haben.

(-/10.10.1984/ks/rs)

+ + +

